

**Rede von
Brigitte Zypries, MdB
bei der Regionalkonferenz
am 4. November 2009 in
Pfungstadt-Mühlbergheim
und am 5. November 2009 in Reinheim**

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Bundestagswahl war eine katastrophale Niederlage für uns. 23 Prozent – das ist das schlechteste Resultat seit 1949. Daran gibt es überhaupt nichts Schönszureden. Dieses Ergebnis heißt auch, dass es auf die Frage, wie es mit der SPD weitergeht, keine vorschnelle Antwort geben kann.

Eine erste – notwendige – Konsequenz wurde gezogen. Wir haben eine breite innerparteiliche Debatte begonnen, wie es mit der SPD weitergehen soll. Genaues Hinschauen, Hinhören und gemeinsames Nachdenken – das ist eine angemessene Haltung für die SPD, deren Fortbestand als Volkspartei zur Debatte steht. Es ist – so meine ich – auch der erste Schritt, um die ganz offenbar verlorene Glaubwürdigkeit bei den Wählerinnen und Wählern wieder zu erlangen.

Wie ist die Ausgangslage? Es gibt meines Erachtens keine eindimensionale Erklärung für diesen hohen Verlust der SPD. Wir haben bei der Wahl Stimmen in alle Richtungen eingebüßt:

1,1 Millionen an die Partei „Die Linke“,

870 000 an die CDU/CSU,

860 000 an „Die Grünen“,

520 000 an die F.D.P.,

320 000 an andere Parteien.

2,1 Millionen ehemalige SPD-Wähler sind nicht zur Wahl gegangen. Wir haben rund 6,2 Millionen Zweit-Stimmen gegenüber 2005 verloren und vor allem dramatische Einbrüche bei den jüngeren Frauen und Männern (bei 25- bis 34jährigen liegen wir hinter der F.D.P.). Diese Zahlen zeigen: Wir haben einen massiven Verlust an Vertrauen und Zustimmung quer durch alle Bevölkerungsschichten und quer durch alle Regionen in Deutschland zu verzeichnen.

Das allerdings ist nicht erst bei dieser Wahl zu Tage getreten. Die Mobilisierungsschwäche der Partei war schon seit den Landtags- und Europawahlen 1999 zu sehen. Wenn wir heute die gravierenden Verluste beklagen, dann müssen wir uns daran erinnern, wie wir die vorher die Gewinne erzielt haben. Wir haben 1998 die

Regierung wieder gewonnen, weil wir damals zwei Dinge miteinander verbunden haben: Innovation und Gerechtigkeit. Das war das Motto, mit dem wir mit Gerhard Schröder an der Spitze 1998 gewonnen haben und mit ihm haben wir unsere Mehrheit 2002 verteidigt und 2005 den Sprung in die Große Koalition geschafft. Ich sage das so deutlich, weil wir eines nicht vergessen sollten: Es war die Politik der sogenannten „Neuen Mitte“, die uns 1998 nach 16 Jahren Opposition endlich wieder mehrheitsfähig in Deutschland gemacht hat. Eine Regierungsmehrheit – davon bin ich überzeugt – erlangt man nicht mit Positionen weit links von der Mitte. Wir sind mehrheitsfähig gewesen, weil wir eben beides vereint haben: Innovation und soziale Gerechtigkeit. Wir haben damals neue Wählerschichten in der Mitte der Bevölkerung erschlossen und gleichzeitig unsere traditionelle Anhängerschaft mitgenommen.

Heute hingegen müssen wir feststellen: Wir haben gerade in den Reihen unserer klassischen Anhängerschaft stark verloren – sowohl an andere Parteien als auch an die Nicht-Wähler. Noch mal: Ein monokausales Erklärungsmuster gibt es nicht. Meines Erachtens gibt es viele Ursachen:

- Bindungswirkung der großen Parteien geht zurück. (CDU steht vor ähnlichem Problem.) Menschen wollen eher punktuell partikulare Interessen durchgesetzt sehen.
Deshalb nicht so viele Neueintritte, wie alte Genossen wegsterben.
- Es gab keine Wechselstimmung, die Mobilisierung gefördert hätte. Deutsche waren mit Merkel zufrieden.
- Aufstellung der SPD zur F.D.P war problematisch. Auch deshalb gab es keine glaubwürdige Machtperspektive für die SPD.
- Die Glaubwürdigkeit ist bei der SPD wichtiger als bei anderen Parteien. Auch deshalb hat Hessen nachgewirkt im Hinblick auf die Koalitionsaussage.
- Und: Soziale Kälte und Entsolidarisierung waren offenbar keine Bedrohung für die Menschen.

Deshalb muss ich auch denen, die heute sagen, die Wahlen wurden wegen Hartz IV und der Rente mit 67 verloren, entgegen: Das ist zu kurz gesprungen, liebe Genossinnen und Genossen.

Wäre das der Fall, wäre Schwarz-Gelb wohl kaum mit einem so klaren Vorsprung vor Rot-Rot-Grün aus der Wahl hervorgegangen. 2005 gab es immerhin noch eine linke Mehrheit im BT, CDU/CSU und F.D.P lagen damals mit 6% zurück.

Die Veränderungen bei der Arbeitsmarktpolitik, bei Gesundheit und Rente haben wesentlich dazu beigetragen, dass der Sozialstaat in der Globalisierung und bei einer älter werdenden Bevölkerung finanzierbar und funktionsfähig blieb. Dafür braucht die Sozialdemokratie keine Abbitte zu leisten.

Dennoch ist die Agenda 2010 zur Chiffre für den Absturz der SPD geworden. Wir konstatieren eine nachhaltige Verunsicherung der Mitglieder und der Anhänger und ein mangelndes Selbstbewusstsein einer Partei, die zwischen Regierungsverantwortung und Eigenprofilierung hin- und hergerissen ist.

Wir haben einen erheblichen Teil der Mitglieder und der Wähler nicht überzeugt. Das mag an den Inhalten der Politik liegen, das hat aber sicher auch etwas mit der Art ihrer Vermittlung zu tun. Da hat Sigmar Gabriel schon Recht: Politik ist Führen und Sammeln. Das Sammeln kam in der Vergangenheit zu kurz. Wir haben zuwenig Zeit und Energie darauf verwandt, den Menschen unsere Politik zu erklären, für sie zu werben und Unterstützung dafür zu gewinnen. Das ist ohne Frage ein Versäumnis gewesen, und die Verantwortung dafür trifft natürlich auch die früheren Spitzen von Partei und Regierung, das will ich ganz offen und selbstkritisch sagen.

Die fatale Konsequenz daraus war: Auch in unseren Reihen waren viel zu wenige von unserer eigenen Politik überzeugt. Aber wer selbst nicht begeistert ist, der kann auch andere nicht begeistern – das ist eine Binsenweisheit. Statt sich auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zu konzentrieren, haben viel zu oft die tatsächlichen oder vermeintlichen Defizite unserer eigenen Politik eine Rolle gespielt. Das hat uns in der Auseinandersetzung mit der Konkurrenz geschwächt.

Dabei haben wir keinen Grund, uns für unsere Politik zu schämen. Im Gegenteil, wir können durchaus stolz darauf zu sein, was wir in unserer Regierungszeit erreicht haben:

- Wir haben unser Land moderner, weltoffener und toleranter gemacht. (Nicht zuletzt durch die Rechtspolitik)
- Wir haben die Energiewende durchgesetzt – weg von der Atomenergie und hin zu den erneuerbaren Energien.

- Wir haben mit dem Nein zum Irak-Krieg und mit unserem Engagement für Frieden und Abrüstung weltweit an Ansehen gewonnen.
- Wir haben die Arbeitslosigkeit reduziert, die sozialen Sicherungssysteme reformiert und den Einstieg in die Mindestlöhne geschaffen.

Ich meine, wir sollten uns diese Erfolge von niemandem kleinreden lassen und sie auch selbst nicht kleinreden.

Aber, zur Wahrheit gehört auch: Diesmal ist es uns nicht gelungen, die Menschen davon zu überzeugen, dass die SPD die richtigen Antworten für die Zukunft hat. Vielleicht sind unsere Antworten tatsächlich noch nicht hinreichend, vielleicht müssen wir noch intensiver an ihnen formulieren und vor allem wieder stärker mit denen ins Gespräch kommen, die sich fragen, wie es politisch weitergeht: mit ihrem Arbeitsplatz oder dem eigenen Unternehmen, mit ihrer Rente und dem Gesundheitssystem, mit der Schule ihrer Kinder und unseren Universitäten.

Wir müssen erkennen, dass die Angst vor dem sozialen Abstieg gerade in der Mittelschicht zunimmt. Das ist ja keine homogene Gruppe mehr, sondern sie ist auf viele Milieus verteilt. Gerade dort fühlen sich viele Menschen von der Politik nicht verstanden. Umgekehrt verstehen viele Menschen die im politischen Diskurs erörterten Probleme nicht hinreichend – insbesondere in ihrer Einbindung in europäische und internationale Politiken. So war es zum Beispiel für viele Leute nicht nachvollziehbar, dass die Regierung mit bis dahin unvorstellbare Summen zwar die Banken gerettet hat, ihre Interessen aber nicht mit wesentlich kleineren Summen befriedigt werden konnten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bei der notwendigen Suche nach Antworten sollten wir uns vor den falschen Alternativen hüten: Nach Links oder in die politische Mitte? So schlicht formulieren manchen die Richtungsalternativen für die SPD. Ich halte das für falsch. Links oder Mitte – wer in diesen Alternativen denkt, der wird auf absehbare Zeit niemals mehrheitsfähig.

Wer meint, wir sollten die Partei „Die Linke“ links überholen, der mauert unsere Partei in der Opposition ein, denn diesen Weg werden viele Sympathisanten nicht mitgehen. Und wir müssen uns darüber klar sein: Wenn wir es uns mit gutem Gewissen und ohne

Verantwortung in der Opposition kuschelig machen, dann lösen wir nicht ein einziges der Probleme, die wir beklagen.

Wohin es aber andererseits führt, wenn wir die Belange unseren klassischen Anhänger vergessen, also der Menschen, die sich um soziale Gerechtigkeit sorgen und die auf diese Gerechtigkeit des Sozialstaates angewiesen sind, wohin dies führt, haben wir gerade bei den Wahlen erlebt.

Es stimmt, wir müssen wieder stärker die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft stellen. Aber wir müssen diese Frage auch neu stellen. Wir müssen einerseits an die klassischen Arbeitnehmer denken, deren Arbeitsplatz bedroht ist. Wir müssen aber auch fragen, was soziale Gerechtigkeit eigentlich heute für junge Selbständige und Freiberufler bedeutet. Wenn die sich mitunter kaum noch eine Krankenversicherung leisten können, dann ist auch das ein sozialpolitischer Skandal, auch wenn die nie und nimmer in einer Gewerkschaft oder der AWO organisiert sind. Die verstehen sich selbst als Leistungsträger dieser Gesellschaft und trotzdem geht sie die soziale Frage genauso an, wie viele Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften.

Ich bin überzeugt, es gibt eine solidarische Mehrheit in diesem Land. Es gibt Menschen, die auch als Handwerker, Selbständige oder Freiberufler wollen, dass es in diesem Land gerecht zugeht, im eigenen Interesse, aber auch aus Verantwortungsbewusstsein für die Gemeinschaft. Ich meine, wir müssen auch sie mit einbeziehen in die Suche nach neuen politischen Antworten. Wir dürfen nicht nur im eigenen Saft schmoren.

Dazu müssen wir einen neuen Diskussionsprozess in Gang bringen für den gelten muss: Der Weg ist das Ziel!

Gerade weil wir in der Vergangenheit zu wenige inhaltliche Debatten über die Politik der SPD geführt hatten, sind diese Diskussionen ausgewandert in die einzelnen Flügel der Partei. Natürlich ist die SPD eine plurale, vielfältige Partei. Das kann bei einer Volkspartei gar nicht anders sein. Ich meine aber, die starke innerparteiliche Flügelbildung hat uns nicht gut getan. Sie schwächt unsere Partei insgesamt. Und – das will ich offen sagen – ich halte auch wenig davon, dass das, was auf Bundesebene begonnen hat, auf immer mehr Ebenen der Partei Einzug hält. Wir sollten unsere Kräfte nicht auch noch regional aufspalten in Seeheimer, Netzwerker, Demokratische Linke, Aufbruch oder wie immer die

Gruppierungen inzwischen heißen. Ich meine, wir brauchen stattdessen starke Landesverbände und Unterbezirke, die offen für inhaltliche Debatten sind.

Der Mangel an innerparteilichen Debatten ist ein Versäumnis – auch der früheren Parteispitzen. Jeder sollte sich aber auch selbstkritisch fragen, ob wir innerhalb unseren eigenen Gliederungen nicht häufig zu selbstgenügsam waren und uns dabei selbst überschätzt haben. Ob wir uns nicht zu oft gesagt haben: Wir sind die SPD und wir formulieren hier die Politik. Und dabei haben wir überhaupt nicht mehr gemerkt, dass diese SPD eigentlich immer kleiner, immer weniger repräsentativ wird und längst kein Abbild unserer Gesellschaft mehr ist.

Wenn wir wirklich wieder eine große Volkspartei werden wollen, die in der Mitte der Gesellschaft fest verankert ist, dann müssen wir auch hier etwas ändern. Und dabei dürfen wir nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen und die Schuld bei Einzelnen abladen.

Wir müssen uns insgesamt als Partei öffnen und wieder deutlich machen: Wir haben die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen. Aber wir werfen Fragen auf und wir laden Menschen dazu ein, zu uns zu kommen und gemeinsam mit uns nach politischen Antworten zu suchen.

Sigmar Gabriel hat vorgeschlagen, den Willensbildungsprozess in der Partei zu reformieren. Urabstimmungen bei wichtigen politischen Entscheidungen sind dafür ein Weg, aber auch Urwahlen bei der Aufstellung von Kandidaten. Das Ziel muss sein: mehr innerparteiliche Demokratie von unten nach oben. Ich denke, das ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Partei. Er hilft gute Ideen zu sammeln, er stellt sicher, dass die Führung auch tatsächlich das Vertrauen der Basis besitzt und er macht unsere Partei auch für neue Mitglieder attraktiv. Denn eine lebendige Partei, in der man an der Politik mitformulieren und auch mitentscheiden kann, ist den Beitritt wert!